

Macht, Mehrheit und Wahrheit

Über Fundamente und Grenzen der Macht /

Ein Essay anlässlich der Spekulationen um ein Jamaika-Bündnis

Von Jürgen Liminski

Vor fünfundzwanzig Jahren erschien in den USA ein Buch mit dem Titel: Stämme der Macht. Der Untertitel gab an, worum es ging – „Der Erfolg weltweiter Clans in Wirtschaft und Politik“ – und lieferte somit eine Definition von Macht gleich mit. Bei den „Stämmen“ handelt es sich um Juden, Briten, Japaner, Chinesen, Inder. Weltstämme seien es, so der Autor Joel Kotkin, die sich nach dem Ende des Kalten Krieges aus ihrer „kollektiven Vergangenheit heraus neu bestimmen“ und nun in günstiger Ausgangslage wären, „sich in einem zunehmend integrierten, weltweiten Wirtschaftssystem durchzusetzen“. Der in Amerika bekannte und vielgefragte Redner, Universitätsdozent und Journalist Kotkin ist weder Rassist noch Verschwörungstheoretiker. Er hat nur versucht, die „Ethnizität als maßgeblichen Faktor bei der Entwicklung zur Weltwirtschaft“ zu beschreiben. Wirtschaft und Politik nennt er fast immer in einem Atemzug, er sieht sie als untrennbare, sozusagen siamesische Zwillinge. Und ihr Vater sei die Macht.

Der ethnische Ansatz ist sicher zu eng für das große Thema der Macht. Richtig an ihm ist, dass dieser gemeinsame Nenner das Verständnis erleichtert. Gleiche oder ähnliche Mentalitäten, Sitten, Gewohnheiten und vor allem die gleiche Muttersprache schaffen einen Kommunikationsraum des Vertrauten. Und kaum ein Faktor ist wichtiger bei der Machtfrage als die Kommunikation. Befehlen, kommandieren, instruieren sind ebenso Machtwörter wie gehorchen, befolgen oder Lektion annehmen. Vertrauen aber hebt die Kommunikation auf gleiche Augenhöhe, man strebt gemeinsam nach demselben Ziel.

Romano Guardini hat in einem Bändchen über „Die Macht“ dieses Streben im Kapitel über das Wesen der Macht bündig beschrieben. Von Macht im eigentlichen Sinne dürfe man nur sprechen, wenn ein Wille gegeben sei, der Ziele setze sowie „ein Vermögen, welches die Kräfte auf diese Ziele hin in Bewegung bringt“. Denn „zum Wesen der Macht als eines spezifisch menschlichen Phänomens gehört die Sinnggebung“. Das ist hoch gegriffen. Und Guardini verkennt auch keineswegs die Gefahren der Macht, zum Beispiel „jene, welche die Macht für jenen selbst bildet, der sie gebraucht. Es gibt nichts“, so der große Denker in ungewohnter Absolutheit, „was die Reinheit des Charakters und die höheren Qualitäten der Seele derart in Frage stellt wie sie. Im Besitz einer Macht zu sein, die nicht durch sittliche Verantwortung bestimmt und durch Ehrfurcht vor der Person gebändigt ist, bedeutet Zerstörung des Menschlichen einfachhin.“

Starker Tobak. Denn es fallen dem Zeitgenossen ja gleich mehrere Namen und Gesichter ein, die er mit dem Mangel an Ehrfurcht vor der Person in Verbindung bringt: Trump, Putin, Assad, Erdogan und überhaupt die meisten Despoten und

Potentaten in Nahost. Aber auch europäische und sogar deutsche Politiker und Politikerinnen könnten ihm einfallen. Von bereits verstorbenen ganz zu schweigen. Und wenn man erst noch Banker, Bosse und Patrons vor dem inneren Auge Revue passieren lässt, wird die Parade der gierigen Wölfe, um mit Getrud Höhler zu sprechen, schier endlos. Viele von ihnen mißbrauchen ihre Macht, weil sie nur persönliche Ziele setzen: Profit, Reichtum, Ruhm, Ehre. Macht aber ist wesentlich sozial. Ihr Ziel ist das Gemeinwohl und das verwirklicht sich durch die Gerechtigkeit. Deshalb ist „das Recht das Maß der Politik“, wie Benedikt XVI. schon als Kardinal Ratzinger schrieb. Diesen Sachverhalt hat Kant so ausgesprochen: „Wir haben einen heiligen Regierer, und das, was er den Menschen als heilig gegeben hat, ist das Recht der Menschen.“ An der Elle des Rechts muß sich jede Machtausübung messen lassen.

Das geschieht nicht, wie man weiß und nahezu täglich beobachten kann. Ja, rechter Gebrauch und Mißbrauch der Macht halten sich heute nicht mehr die Waage. Die Zeit ist aus den Fugen, sagt Shakespeare durch den Mund von Hamlet und das gilt heute weniger für Dänemark (Hamlets Land ist eines der Länder mit der geringsten Korruption weltweit) aber für weite Teile der Welt, Europa nicht ausgenommen. Die Mißachtung des Rechts ist auch einer der Gründe für die tiefe Krise auf dem alten Kontinent. Sie betrifft zwei sensible Bereiche – Migration und Währung –, die die Sicherheit und den Wohlstand der Bürger und damit auch das demokratische Gefüge der staatlichen Ordnung gefährden. Die Staatenlenker und die Kommission haben in der Euro-Krise sowie in der Flüchtlingskrise sich über die eigenen Regeln und Gesetze hinweggesetzt. Niemals werde es eine Rettung von Pleitestaaten geben, niemals werde die Europäische Zentralbank das Defizit bankrotter Staaten decken. Kein Bail-out, kein Gelddrucken ohne Deckung, keine Gefährdung der Stabilität, keine Bürgschaft für Mißwirtschaft – all das versprochen Brüssel, Berlin, Paris und alle anderen. Die Versprechen wurden gebrochen, die Bürgschaften belaufen sich allein für Deutschland auf mehrere hundert Milliarden Euro. All das ist bekannt, Hans-Werner Sinn hat darüber Bücher geschrieben. Ähnlich bei der Flüchtlingskrise. Das Dublin-Abkommen wurde viele Monate lang einfach außer Kraft gesetzt. Jetzt will man es wieder beachten. Aber das Vertrauen in die Eliten ist bereits tiefer erschüttert, als man in den Regierungskanzleien wahr haben will. Die jüngsten Wahlen haben es gezeigt. Permanente Rechtsbrüche bleiben nicht ohne politische Folgen.

Die erste Folge ist die Erschütterung der Staatsidee. Die Statik der Fundamente gebrochen. Diese Fundamente heißen Gewaltenteilung. Wenn die Kontrollen der Macht immer öfter versagen, in den aktuellen Krisen die Justiz und die Parlamente, also die zweite und dritte Gewalt, und wenn dann auch die vierte Gewalt nur leise säuselnd kritisiert, aber die Rechtsbrüche bei Euro und Migration nicht deutlich und nachhaltig anprangert, so dass die Regierung durch die Öffentlichkeit unter Druck gerät, dann frisst sich der Zweifel an den Mächtigen, am Establishment, an „die da oben“ in den Köpfen und Herzen der Bürger fest; die Krise wird offenkundig und kann sich zur Staats- oder Systemkrise ausweiten. Dann wird Macht zum Selbstzweck, im schlimmeren Fall sogar unkontrollierbar.

Ohne kontrollierte Gewaltenteilung verliert die Macht ihr Gleichgewicht. Oligarchen, Cliques oder Alleinherrscher bemächtigen sich der Gewalten. Die entscheidende Frage aber ist: Nach welchen Kriterien findet die Kontrolle statt? Was ist das Geheimnis des Gleichgewichts? Wenn das Volk der Souverän ist, dann ist die Öffentlichkeit der Ort, an dem das Gleichgewicht in Balance gehalten wird. Öffentlichkeit hegt die Macht ein, vor allem in Demokratien. Deshalb ist die vierte Gewalt oder die Pressefreiheit, wie auch das Bundesverfassungsgericht im Spiegel-Urteil feststellte, „konstitutiv“ für ein freiheitliches Staatsgebilde.

Nur: Woran soll sich die vierte Gewalt, sollen sich die Medien ausrichten? Was ist das entscheidende Kriterium für ihre Kontrollfunktion? Kritik und Meinung allein können es ja auch nicht sein. Das wäre Willkür, was man in manchen Medien mit Bezug auf Andersdenkende allerdings auch immer häufiger beobachten kann. Das für alle gültige Kriterium ist, um mit Ranke zu sprechen, „sagen und schreiben, was gewesen ist“, mit anderen Worten, wahrhaftig berichten. Die Wahrheit ist das Kriterium für die Kontrolle der Macht. Die Wahrheit wird Euch frei machen, lesen wir bei Johannes und das kann man nicht nur eschatologisch verstehen, sondern ganz profan. Mahatma Gandhi sprach von der „Macht der Wahrheit“ (satya-grahs), die ohne Gewalt siegt, allein mit der besonderen Kraft, die einer gerechten Handlung innewohnt. Wahrheit und Recht hegen die Macht ein, ihre Ausübung in Funktion dieser Kriterien führt zur Freiheit – das ist das Fundament der Macht, der letzte und erste Sinn ihrer Anwendung.

Wahrheit und Macht – dieses Spannungsverhältnis bestimmt den Verlauf der Geschichte. Schon der griechische Geschichtsschreiber Polybios wußte: Geschichte ohne Wahrheit ist wie ein Gesicht ohne Augen. Aber erblindet durch den Relativismus taumeln allzu viele politische Netzwerker und „Tagelöhner des Geistes“ (so nannte Schopenhauer die Journalisten) durch das Geschehen der Welt. Bei manchen wird der Taumel sogar zur Lüge, weil das besser in das eigene Weltbild passt und im Moment mehr Lohn verspricht. Dieser Verzicht auf die Wahrheit, auf die Suche nach Wahrheit macht den Kern der neuzeitlichen Krise aus, mahnte Ratzinger schon in den siebziger Jahren. Wie aktuell ist dieses Wort!

Der Verzicht auf die Wahrheit ist ebenfalls alt, neu ist die massenhafte Anwendung. Man berichtet vorwiegend, was in das eigene Weltbild passt. Jean Francois Revel, hier schon oft zitiert, hat ein Buch geschrieben mit dem Titel: La connaissance inutile – das unbrauchbare Wissen und der erste Satz in diesem Buch lautet: „Die stärkste aller Kräfte, die die Welt regieren, ist die Lüge“. Damit meinte er nicht nur die Politik, sondern eben auch die Medien. Aber mittlerweile ist statistisch erwiesen, dass jeder Mensch, nicht nur der Journalist, etwa 200 mal am Tag lügt oder etwas sanfter ausgedrückt, die Unwahrheit sagt. Das guten Morgen zum Nachbarn, der uns gestern abend mit der Lautstärke seines Fernsehens wieder auf den Wecker ging, das Lächeln zum Chef, der uns nicht befördert hat, das Schweigen gegenüber lieben Menschen, obwohl ein deutliches Wort angesagt wäre, was aber die Stimmung gefrieren liesse – es gibt so viele gute Gründe zum Lügen oder zum Theaterspielen. Gewiß, die Wahrheit hat ihr Recht, die Nächstenliebe aber auch. Klar ist, dass die

reine Wahrheit und Objektivität es im Journalismus nicht geben kann, dafür aber so etwas wie eine subjektive Wahrhaftigkeit. Das ist das, was der Vater der deutschen Publizistik, Emil Dovifat, von den Journalisten verlangte. Man könnte es mit Fairness übersetzen, mit Ehrlichkeit, mit dem Bemühen, der Suche danach, „was und wie es gewesen ist“. Zur Fairness und Professionalität des Journalisten sollte gehören, wenigstens die relevanten Fakten zu vermitteln und nicht nur die, die in das eigene Weltbild passen. Das geschieht nicht in ausreichendem Maß. Deshalb versiegt der wahrhaftige Austausch, verkommt die ehrliche Diskussion zum Schlagabtausch, geraten die Welt der Politik und der Markt der Meinungen aus den Fugen. Deshalb rutschen die Demokratien in eine Systemkrise.

Diese Systemkrise ist eine Krise der Wahrheitsschwindsucht. Die Lüge als solche gefährdet die Einhegung oder den rechten Gebrauch der Macht, der Verzicht auf die Wahrheit lässt sie entarten. Denn es ist gleichzeitig ein Verzicht auf das Gemeinwohl, auf die Herrschaft des Rechts. Alle tyrannischen Systeme oder ideologisch fundierten Diktaturen haben sich der Lüge und Manipulation zur Gleichschaltung des Denkens bedient, das Sowjetsystem hat sogar die Desinformation institutionalisiert. KGB-Chef Andropow richtete eine eigene Hauptabteilung für Desinformation ein. Heute operiert Putin mit der gleichen Methode, allerdings mit dem Ziel, nicht das Denken in eine ideologische Retorte zu pressen, sondern Macht und Einfluss, gelegentlich auch russische Erde zu sammeln. Er bedient sich wie sein Idol Andropow modernster technischer Mittel, bei Andropow sprach man von psychologischer Kriegführung, bei Putin ist es der Cyberwar.

Macht ist ein Instrument zur Bildung einer gerechteren Gesellschaft. Aber alles hängt davon ab, wie der Macht-Haber zur Wahrheit steht. Wahrheit ist die Enthüllung der Wirklichkeit, wie Josef Pieper schrieb. Diese Wirklichkeit tritt nicht nur in Ereignissen oder Handlungen, sondern auch in Gestalt des Rechts und der Natur in die Geschichte des Menschen. Wenn es nicht mehr gelingt, der Natur, dem Recht und der Wahrheit mehr Geltung zu verschaffen, gerät die Freiheit unter die Räder und wird die Systemkrise ins Chaos oder in die Tyrannei führen. Beispiele hat die Geschichte genug geliefert.

Aber das Gedächtnis ist kurz. Wer denkt in der Politik noch an diese Fundamente? Vermutlich nicht so viele. Dennoch ist die Frage nach den Folgen relevant. Denn die Fundamente betreffen die *conditio humana*, die elementare Wirklichkeit des Menschen und wenn sie gelockert und gebrochen werden, kann das nicht ohne Folgen für das Zusammenleben bleiben. Der deutsche Souverän hat nach bestem Wissen und schlechtem Gewissen gewählt. Viele wählten mit der Faust in der Tasche das angeblich kleinere Übel. Es dürfte unter praktizierenden Christen kaum einen Wähler gegeben haben, der sich mit Begeisterung für eine Partei entschied. Nach der Flucht der SPD in die Opposition sehen die Parteien nun eine einzige Möglichkeit für die Mehrheit: Jamaika, also eine Koalition aus CDU/CSU, der FPD und den Grünen. Rechnerisch sind freilich auch andere Konstellationen und Mehrheiten denkbar, etwa Union, FDP und AfD. Aber die AfD wird von den anderen

Parteien, den meisten Medien sowieso, geächtet, was übrigens einen Teil ihres Erfolges ausmacht. Wer sich aber die Programme anschaut, wird feststellen, dass es mehr Übereinstimmung zwischen Union, FDP und AfD gibt als zwischen Union, FDP und den Grünen. Man kann sich fragen: Nehmen die Parteichefs ihre Programme überhaupt ernst? Es sind genau diese Zweifel, die das schlechte Gewissen der Wähler ausmachen. Man glaubt vielen Politikern nicht mehr. Über die AfD mag man geteilter Meinung sein, Anlass dafür gibt es zuhauf. Manche ihrer Politiker und Mandatsträger setzen programmatische Akzente, die der Mehrheit der Bürger nicht gefallen. Aber ist das bei den Linken anders? Oder bei den Grünen? Oder bei der FDP? Was berechtigt die Protagonisten der Mehrheitsmeinung in den Parteien und Medien, die eine kleinere Partei zu ächten und die andere nicht? Mit den Programmen wird das nicht viel zu tun haben, mit der Wahrheit auch nicht. Vielleicht liegt es daran, dass die AfD allen einfach Wähler weggenommen hat und statt ehrlich bei sich zu analysieren, woran das gelegen haben mag, zeigt man lieber mit dem Finger auf die anderen.

Der deutsche Publizist Johannes Groß meinte einmal über seine Landsleute: „Die Deutschen diskutieren immer theologisch. Statt Lösungen suchen sie zuerst mal Schuldige“. Johannes Groß war, wie man sieht, kein Theologe, sonst hätte er diesen Aphorismus anders formuliert. Denn die Theologie, die katholische zumindest, geht von der Lösung, genauer: von der Erlösung durch die Vergebung aus, in der die Schuld getilgt wird. Bei Publizisten und Politikern ist das offensichtlich anders. Sie suchen Schuldige und der Ruf nach Rücktritt, wovon auch immer, ist dann nicht weit. Natürlich gilt das nicht für alle Publizisten und Politiker. Aber der Hang zum Skandalisieren hat sich verstärkt und mit dem Internet hat sich dieser Hang filterlos potenziert. Erst recht, wenn die Menge jöhlt. Das scheint ein altes, gesetzmäßiges Verhalten zu sein. Schon Goethe sprach von der „behaglichen Majorität“, in der man sich fühle, wenn die Mitmenschen so denken wie man selbst und sei es der Irrtum. Man redet hier gerne auch vom „Stallgeruch“ einer Partei. Dieses Gefühl der Zugehörigkeit zu fördern, Bestätigung und Selbstvergewisserung bis hin zur Identifikation zu vermitteln, ist eine der vornehmsten Aufgaben der Politik. So sammelt man Stimmen. Deshalb ist das Programm einer Partei immer noch die entscheidende Richtschnur, nicht eine Person. Personen sollen das Programm umsetzen, möglichst glaubwürdig, das heißt treu den gemeinsamen Vorstellungen (in der Partei oder im Stall). Gemeinsam nach gemeinsamen Zielen streben, das ist der Zweck der Macht. Nicht gemeinsam an einer Person festhalten, die nur bedingt das Programm verkörpert. An Glaubwürdigkeit hat die Union viel eingebüßt, auch wegen führender Personen. Sowohl in der CSU als auch in der CDU verstummen deshalb die Stimmen nicht, die eine programmatische und personelle Erneuerung der Parteien fordern. Offensichtlich hat sich in den Stämmen der Macht – neudeutsch: Netzwerken – viel innerer Kitt gelöst. Das Vertrauen in die führenden Personen schwindet, mithin die Identifikationskraft dieser Personen und die Selbstvergewisserung der Anhänger. Diese Kraft ist attraktiv, selbst im Irrtum, solange die Macht nicht gefährdet ist. Denn die Macht kann die Erneuerung, die

Abkehr vom Irrtum bewirken. Aber wenn die Macht schwindet, dann wird der Irrtum gewichtig, dann wird wieder über Programme diskutiert.

In den christlichen Parteien heißt das: Man muss wieder über fundamentale Werte diskutieren, über die anthropologischen Konstanten des Menschen, über Familie, Ehe, Natur, freiheitliche Rahmbedingungen. Auch über die Verantwortung vor dem Schöpfer von Natur und Mensch. Das 21. Jahrhundert wird religiös sein oder es wird gar nicht sein. Dieses Wort von Jacques Maritain oder André Malraux – über die Autorenschaft streiten die Gelehrten – ist sicher richtig. Ohne Religion endet diese Gesellschaft beim Kampf jeder gegen jeden und in der Selbstzerstörung. Es geht darum, die Gesellschaft an eine andere Dimension des Menschen zu erinnern, an eine Wirklichkeit, die von jenseits der täglichen Probleme in diese Welt hineinwirkt. Ohne diese Dimension rutscht alles, wie Guardini sagt, in die Barbarei.

Die katholischen Milieus der fünfziger und sechziger Jahre sind zerfallen, an den letzten Inseln nagt die Flut des Relativismus. Überzeugte Katholiken werden heute keine Partei nach ihrem Geist und Gusto finden. Die Zahlenseite der Medaille vom Glaubwürdigkeitsdefizit der Politik aber ist die Sehnsucht nach wenigstens nicht politisch-korrekt gestylten Phrasen, nach Wahrhaftigkeit. Man will auch mal was Sicheres, was Gutes hören. Wenn die Programme wenigstens nur die zehn Gebote widerspiegeln. Aber auch das tun sie nicht, Stichwort fünftes Gebot oder Abtreibung. Und eine Jamaika-Koalition? Kann sie eine programmatische Erneuerung der C-Parteien bewirken oder wird sie ganz auf grüne Themen setzen? Schon singen die Grünen im Jubel ihrer vermeintlichen Unverzichtbarkeit ihre Umwelt-Schutzarie: Tierschutz, Artenschutz, Klimaschutz. Der Arie fehlt eine Fuge. Der Lebensschutz, der Schutz für das ungeborene Leben wird Frauenrechten und dem bequemen Leben untergeordnet. Das sind die Mißtöne der grünen Ideologie. Auch Familie spielt für sie eine untergeordnete Rolle und hier dürfte sie bei der Berliner Union und bei der FDP auf Zustimmung stoßen. Wertkonservative Themen gelten in der Merkel-CDU schon lange als Verfügungsmasse bei Koalitionsgesprächen. Viel ist da allerdings nicht mehr übrig. Wahrscheinlich kommen jetzt noch die Cannabis-Freigabe und die Leihmutterchaft. Auch letzte Feigenblätter bei der aktiven Sterbehilfe bzw. Euthanasie dürften fallen. Dann ist so ziemlich alles abgeräumt und die schöne neue Welt der Grünen verwirklicht. Sie sind die Freibeuter der Karibik-Koalition. Für die Union bleibt nur der Fluch, es sei denn, sie lässt es nicht zur Koalition kommen oder zwingt die Freibeuter zum Verzicht auf die Beute.

Einer der Koalitionspartner muß verzichten. Nur dieser Verzicht, also ein Stück programmatische Selbstaufgabe, kann den Weg frei machen zur schwarz-gelb-grünen Flagge. Für die Union steht aber nicht nur die Macht auf dem Spiel. Der weitere Verzicht auf letzte Wahrheiten wird zur Existenzfrage durch Ausbluten. Viel Blut hat die Partei nicht mehr. Es gibt eine Reihe Fragen, die im Wahlkampf unbeantwortet blieben und die viele Menschen zur AfD geführt haben. Das sind nicht nur Fragen nach der kulturellen Identität Deutschlands oder ungerecht anmutende

Unterschiede in der Sozialhilfe oder bei den Flüchtlingsproblemen. Es geht bei vielen Punkten um die wertkonservative Lücke, die sich in der Union schon unter Kohl aufgetan hatte und in den zwölf Jahren Merkel immer größer geworden ist. Es sind Fragen, die sich auch und gerade jetzt an die CSU richten. Die CDU und die künftigen Koalitionspartner FDP und Grüne werden diese Lücke kaum füllen wollen. Wird sie nicht gefüllt, bleibt die „rechte und konservative Flanke offen“. Dann kann die CSU auch ihre Mehrheit in Bayern verlieren. Wenn sie Glück hat, wird sie dann noch mit der FDP regieren können.

Irgendwann stellt sich den Mächtigen die Frage nach der Glaubwürdigkeit und Wahrheit ihrer Programm-Aussagen. Dann kann man sich weiter die Hände waschen und fragen: Was ist Wahrheit? Für Politiker mit dem C-Anspruch ist das keine Lösung auf Dauer. Ihnen muss klar sein, daß ein glaubwürdiges, in sich schlüssiges Programm auch Ecken und Kanten hat, daß die Träger dieses Programms anecken werden, daß die Wahrheit Bekenntnis fordert und Widerspruch erzeugt. Und daß man um der Wahrheit willen manchmal auch auf die Macht verzichten muß. Oder um es mit George Orwell zu sagen: „Je weiter sich eine Gesellschaft von der Wahrheit entfernt, desto mehr wird sie jene hassen, die sie aussprechen“. Von den Medien ist nur wenig Zuspruch zu erwarten, von Berlin noch weniger. Aber bei den Wählern wird sich die Übereinstimmung von Denken und Handeln – so definiert Thomas von Aquin übrigens die Wahrhaftigkeit – auszahlen. Und zumindest können sich diejenigen, die der Wahrheit den Vorrang vor der Macht einräumen, mit Guardini sagen, daß sie der Natur des Menschen treu geblieben sind. Das ist immer mehr als ein Stück befristeter Macht.